Einzelnummer 30 Pfg.

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720.

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 2,— Mk., von auswärts 3,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 7.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. – Annahme bis früh 9 Uhr. Postscheckkonto Danzig 2945.
Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 3290.

Nr. 11 | Freitag, den 14. Januar 1921 | 12. Jahrgang

Bevorstehende Ankunft des Oberkommissars Haking.

Eintreffen des Generals Haking in Danzig am 26. Januar.

Genf, 13. Jan. Der englische General Haking, der vom Völkerbundrat zum Oberkommissar für Danzig ernannt wurde, ist hier eingetroffen und hatte eine längere Unterredung mit dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummont. General Haking wird am 26. Januar in Danzig erwartet.

Eine neue französische Haßregierung.

Paris, 13. Jan. Havas. Zur Ministerkrise wird gemeldet: Zunächst kommen zwei Lösungen in Frage, erstens die Bildung eines Kabinetts unter Perot mit Briand, Poincaré oder Viviani als Minister des Aeußern, zweitens die Bildung eines Ministeriums durch eine dieser drei Persönlichkeiten, die dann die Ministerpräsidentenschaft mit dem Posten des Ministers für auswärtige Angelegenheiten verbinden solle. Nach den letzten Verlautbarungen dürfte die zweite dieser Möglichkeiten Tatsache werden. Perot wird heute von Millerand befragt werden.

(Poincaré ist als wütender Deutschenhasser bekannt. Viviani, der bei Kriegsausbruch Ministerpräsident gewesen ist, hat erst kürzlich auf der Genfer Völkerbundstagung leidenschaftlich gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund protestiert. Ein wenig gemäßigter ist Briand. Allem Anschein nach will der französische Chauvinismus noch einen letzten Ansturm unternehmen, um in Schönheit zu sterben. Auffällig ist die Spannung, die durch die Pariser Ministerkrise zwischen Frankreich und England eintritt. D. Red.)

Paris, 13. Jan. Die Rede, die Kammerpräsident Perot gestern bei Antritt seines Amtes gehalten hat, wird von der Morgenpresse allgemein als eine Programmrede bezeichnet. Der wiedergewählte Kammerpräsident sagte u. a.: Es gäbe wohl kein Beispiel dafür, daß ein Parlament in so kurz bemessener Frist sich über so viele schwere Fragen auszusprechen habe. Als die Fragen, die im Vordergrund stehen, nannte er die Finanzgesetze, deren Diskussion etwas verspätet komme, und die Gesetze über die militärische Organisation, die sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten anpassen müsse, die aber trotzdem stark genug sein müsse, um Gefahren begegnen zu können. (Die wohl vom entwaffneten Deutschland drohen? D. Red.) Auch große Debatten über die auswärtige Politik seien unvermeidlich. Die Ruinen, die der Krieg zurückgelassen habe, könnten nicht in einem Tage wieder aufgebaut werden, aber man dürfe nicht dulden, daß ein besiegter Feind die Verpflichtungen, die er unterzeichnet habe, beiseite zu schieben trachte.

Paris, 13. Jan. Präsident Millerand hat im Laufe des heutigen Vormittags außer dem Präsidenten Raoul Peret, mit dem er sich über die Ministerkrisis unterhielt, die Führer der verschiedenen Gruppen des Senats empfangen. Er sprach mit Meline, de Selves, Touron und Doumergue, dem Vorsitzenden der demokratischen Linken, der dem Präsidenten dem „Temps“ zufolge, erklärte, er halte Raoul Peret für die geeignetste Persönlichkeit, das neue Ministerium zu bilden. Im Laufe des Nachmittags hat Millerand Viviani und Arago empfangen. Nach dem „Temps“ wird er sich ferner mit Henriot und Briand über die Ministerkrisis unterhalten und am Abend noch den Senatspräsidenten Leon Bourgeois empfangen. Das Blatt glaubt nicht, daß Präsident Millerand vor morgen vormittag eine Persönlichkeit zu sich berufen werde, um ihr die Kabinettsbildung zu übertragen.

Paris, 13. Jan. Nach einer Havasmeldung befürchtet „Westminster Gazette“, daß die französische Ministerkrisis unvermeidlich zur Vertagung der Pariser Konferenz führen werde, deren Verzögerung schon jetzt eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise in Europa gewesen sei. Die Veränderungen in der Zusammensetzung des Obersten Rates seien ebenfalls unvorteilhaft. Der Nachfolger von Leygues werde Zeit brauchen, um sich einzuarbeiten. Aus diesem Grunde müsse man auf eine Vertagung gefaßt sein. „Daily News“ schreiben, es sei bedauerlich, daß die von Leygues gegenüber dem Versailler Vertrag und seiner vernunftgemäßen Durchführung eingenommene Haltung eines der Hauptgründe seines Sturzes gebildet zu haben scheint.

Paris, 13. Jan. Sämtliche Abgeordnete hoffen, daß die Ministerkrise nur von kurzer Dauer sein wird, damit möglichst verhindert werde, daß die für den 19. Januar angesetzte interalliierte Konferenz vertagt werden muß.

Wachsende Verständigungsbereitschaft in Italien.

Rom, 12. Jan. Giolitti wird am Freitag in Rom eintreffen. Am Sonnabend wird ein Ministerrat stattfinden, in dem vor allem die Haltung Italiens zur interalliierten Konferenz in Paris geprüft werden wird. In den großen Grundzügen ist diese Haltung schon bekannt, und eine Abweichung ist kaum zu erwarten. Was die Entwaffnungsfrage betrifft, so ist Italien der Meinung, man müsse der tatsächlichen Lage in Bayern und Ostpreußen Rechnung tragen, damit eine zu strikte Interpretation des Friedensvertrages Deutschland die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht zu stark erschwere oder die Angst vor dem Bolschewismus das Land nicht derartig deprimieren könne, daß ein wirtschaftlicher Wiederaufbau, an dem doch zum Schluß auch die Ententemächte interessiert sind, unmöglich gemacht werde. In der Reparationsfrage ist die italienische Oeffentlichkeit darüber einig, daß es nicht gerecht ist, über Deutschland das Damoklesschwert einer unbekannten Entschädigungssumme zu halten, daß es vielmehr auch im allgemeinen Interesse liegt, sobald wie möglich eine Pauschalsumme festzustellen. Denn Deutschland wird auch zahlungslustiger sein, wenn es seine Schuld kennen wird. In der türkischen Frage wird sich Italien für eine Revision des Vertrages von Sevres aussprechen.

Rom, 12. Jan. General Beneivenga erwidert im „Tempo“ auf die Kritik, die der Pariser „Temps“ in einem Artikel an ihm, der sich mit der auswärtigen Politik Frankreichs beschäftigt, geübt hatte, u. a. folgendes: Frankreich darf nicht stutzig werden, wenn irgend jemand bemerkt, daß sein Weg nicht der kürzeste zum endgültigen Frieden ist. Das Pariser Blatt spricht sogar von Verleumdungen, aber die Behauptung, daß ein Volk von 60 Millionen Einwohner mit 100 000 Mann sich seiner inneren und ausländischen Feinde nicht erwehren kann, ist keine Verleumdung; auch die nicht, daß Frankreich fühlt, daß im deutschen Volke eine ähnliche Stimmung wächst, wie in Preußen 1813. Frankreich besteht auf den Friedensvertrag von Versailles; Deutschland hat aber bewiesen, daß dieser Vertrag unerfüllbar ist. Früher oder später wird also Deutschland rebellieren. Es wird an dem Tage geschehen, wo die geistige Vorbereitung des Volkes vollzogen sein wird.

Beendigung des Poststreiks in Polen.

Warschau, 13. Jan. (PAT.) Die Blätter melden: Der gestern den ganzen Tag über andauernde Streik der Postbeamten wurde gestern spät abends beigelegt. Den Beschluß, den Streik zu beendigen, beeinflußte die Berücksichtigung von vielen Forderungen der Postbeamten durch die Regierung. Die Agitation der radikalen Elemente wurde durch den patriotischen Geist der überwiegenden Mehrheit paralysiert, die ganz genau die Folgen des Streiks für das Land einsah. Großen Einfluß hatte auch die Haltung der Regierung, die die gerechtfertigten Forderungen der Postbediensteten berücksichtigte, aber zugleich energisch vor einer Fortsetzung des Streiks warnte. Heute morgen um 8 Uhr kehrten die Streikenden wieder zur Arbeit zurück.

Noch keine Einigung im Posener Buchdruckerstreik.

Posen, 13. Jan. (PAT.) Gestern fanden in Gegenwart der Vertreter des Arbeits- und öffentlichen Fürsorge-Departements Verhandlungen zwischen der Kommission der streikenden Druckereigehilfen und dem Komitee des Druckereibesitzerverbandes statt. Die Abordnung der Streikenden forderte eine 100 prozentige Erhöhung und erklärte, daß sie von dieser Forderung keinen Abstand nehmen wird. Infolgedessen ist es zu keiner Verständigung gekommen.

Unsere österreichischen Genossen fordern den Anschluß an Deutschland.

Wien, 13. Jan. Gestern fanden in allen Bezirken Wiens sozialdemokratische Versammlungen statt, in denen Abgeordnete über die politische Lage der Republik und die Aufgaben der Arbeiterklasse sprachen. Abgeordneter Renner erklärte unter stürmischem Beifall: Oesterreich kann vorläufig noch vegetieren, aber auf die Dauer nicht existieren. Und der Staat kann auch aus eigener Kraft auf die Dauer nicht regiert werden. Der Anschluß an Deutschland muß vollzogen oder aber ein Bund der vereinigten Staaten von Europa gebildet werden.

Die Zukunft Frankreichs.

Von J. Steiner-Jullien.

Die Situation der Arbeiterbewegung in Frankreich ist [illegible] nicht gestärkt worden durch die Spaltung auf dem Kongreß von Tours. Es ist heute beinahe müßig, zu untersuchen, ob diese Spaltung hätte vermieden werden können. Sicher ist jedoch, daß bis Tours eine tiefe Scheidung zwischen den Mitgliedern der Partei nicht vorhanden war. Wenn man von Paris absieht, kann man wohl sagen, daß es den Führern einige Mühe kosten wird, die zwei Lager auseinanderzuhalten, besonders aber den Kommunisten wird das sehr schwer werden. Ja, es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich in der Kommunistischen Partei bald eine Fraktion geltend macht, wie sie unter Führung von Serrati in der sozialistischen Partei Italiens zu beobachten ist. Die fanatischen Elemente der Kommunistischen Partei, die sich um Loriot, Souvarin, Tunois und Rappaport gruppieren, werden jedenfalls versuchen, eine selbständige Kommunistische Partei aufrechtzuerhalten, d. h. eine Partei, die unabhängig von den historischen und politischen Bedingungen Frankreichs nach den Direktiven von Moskau marschiert. Es wird wesentlich von dem politischen Weitblick der Führer der sozialistischen Partei, von ihrem taktischen Geschick und populären Instinkt, vor allem aber von ihrem Mut abhängen, ob die sozialistische Partei binnen kurzem zu einer Partei der proletarischen Massen und zu einer Führerin der öffentlichen Meinung wird.

Zwei Probleme sind es, die in Frankreich gegenwärtig eine klare Stellungnahme erfordern: die Wirtschaftskrise und die Außenpolitik. Wenn auch für den Reisenden, der von Deutschland nach Frankreich kommt, die wirtschaftliche und soziale Struktur Frankreichs unvergleichlich besser fundiert erscheint als in Deutschland, wenn auch die Lebenshaltung der breiten Massen in Frankreich eine erheblich bessere ist als in Deutschland und im Verhältnis zur Vorkriegszeit nur wenig schlechter geworden ist, so ist bei genauerem Zusehen nicht zu verkennen, daß Frankreich sich gegenwärtig am Anfang einer schweren Wirtschaftskrise befindet. Diese Wirtschaftskrise wurzelt in der fünfjährigen Zerstörung und teilt sich in einer Doppelkrise: die Ueberteuerungskrise, erzeugt durch den Warenmangel, und die Finanzkrise, erzeugt durch die Ueberschuldung des Staates.

Die Ueberteuerungskrise erzeugt den Unterkonsum, die Arbeitslosigkeit, mit allen bekannten Nebenerscheinungen der Konjunkturspekulation. Die Finanzkrise äußert sich bis jetzt in der wachsenden Zahlungsunfähigkeit des französischen Staates, im Rückgang des Wechselkurses, in der anschwellenden Steuerlast, die bisher bei weitem nicht ausreicht, um das finanzielle Gleichgewicht des Staatshaushaltes herzustellen. Man schiebt die Zahlungstermine immer wieder hinaus und hilft sich vorläufig mit Anleihen mit steigendem Zinsfuß. Diese Politik, die von der fixen Idee, daß schließlich Deutschland bezahlen wird, beherrscht ist, verschärft die Finanzkrise und treibt einer schier unvermeidlichen Katastrophe zu.

Und hier stoßen wir auf das Problem der Wiedergutmachungen, das bestimmt ist, Frankreich wieder aufzuhelfen, das aber in Wirklichkeit die wirtschaftliche Situation Frankreichs gefährdet. Könnte Deutschland mit Gold bezahlen, dann wäre die Lösung verhältnismäßig einfach. Deutschland würde an Frankreich jährlich z. B. zwei Milliarden in Gold zahlen, die Frankreich ermöglichen würden, seine auswärtigen Schulden abzutragen, seinen Wechselkurs zu heben und damit seine innere wirtschaftliche und finanzielle Krise zu überwinden. Aber Deutschland kann nur durch seine Arbeit, d. h. durch Waren bezahlen. Damit tritt Deutschland jedoch als wirtschaftlicher Konkurrent Frankreichs auf. Die Lieferung der deutschen Handelsschiffe z. B. hat die französischen Werften um die erwarteten Aufträge gebracht und zum Feiern verurteilt. Wenn der Wiederaufbau Nordfrankreichs nicht vom Fleck kommt, so liegt das vor allem daran, daß die französischen Bauunternehmer sich die deutsche Konkurrenz vom Leibe halten wollen und in diesem Sinne auf die französische Regierung einwirken. Aus einem Werke der Völkerversöhnung droht der Wiederaufbau zu einem Werke der Völkerverhetzung zu werden.

Die französische Regierung sucht deshalb einerseits den französischen Kapitalisten die „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen Deutschland und Frankreich schmackhaft zu machen, andererseits ist sie krampfhaft bemüht, eine internationale Anleihe zustande zu bringen, aus der die Wiedergutmachungen gezahlt werden sollen. Das heißt, daß vornehmlich Nord- u. Südamerika, England, und die englischen Dominien Vorschüsse leisten sollen auf die Waren, die sie von Deutschland kaufen werden, die aber nur insofern an Deutschland fließen sollen, als es zum Ankauf der Rohmaterialien und der unbedingt notwendigen Lebensmittel erforderlich ist, während der Rest dieser Vorschüsse auf das Wiedergutmachungskonto kommt, somit Frankreich gestatten würde, seine äußeren Schulden zu amortisieren, seinen Wechselkurs zu heben, ohne wenigstens seine innere Wirtschaftslage durch die deutsche Konkurrenz zu gefährden.

Freilich würde auch diese Lösung dem deutschen Außenhandel die Wiedereroberung seiner Positionen auf dem Weltmarkt erleichtern. Wie man das Problem auch anfassen mag, man kommt immer wieder zu dem unerbittlichen Schluß, daß mit der Größe der Wiedergutmachungen, die Deutschland zu leisten hat, auch die Bedrohung des französischen Wirtschaftslebens steigt. Was Frankreich von Deutschland fordert, entzieht es seiner eigenen Wirtschaft.

Daher auch die Bestrebungen, Deutschland als Kolonie nach dem alten Kolonialsystem zu behandeln. Man versucht die Besetzung des linken Rheinufers zeitlich und räumlich auszudehnen, um so

Deutschland zu zwingen, einen Teil der französischen Bevölkerung — die Besatzungsarmee mit ihrem Beamtentroß — zu ernähren, ohne daß eine wirtschaftliche Bedrohung Frankreichs daraus erwächst. Am vollkommensten ist dieses System im Saargebiet ausgebildet durch die Besitzergreifung der Kohlengruben. Wie die Eingeborenen einer Kolonie für den europäischen Plantagenbesitzer, müssen die deutschen Bergarbeiter des Saargebiets für Frankreich arbeiten.

Soweit es sich jedoch allein um die militärische Besetzung handelt, ist die wirtschaftliche Gefahr für Frankreich nicht minder groß wie durch sachliche Wiederaufmachungen. Denn wenn diese wohl eine Konkurrenz für die einzelnen Kapitalistengruppen bedeuten, so sind sie im Endeffekt doch eine Bereicherung Frankreichs. Die militärische Besetzung entzieht der französischen Produktion jedoch Arbeitskräfte, ohne daß die französische Wirtschaft in ihrer Gesamtheit daraus irgendwelchen Nutzen zieht. Wenn z. B. die deutschen Kohlenlieferungen den französischen Kohlengrubenbesitzern eine unangenehme Konkurrenz sind, so sind sie für die französische Industrie eine Lebensfrage. [illegible] der französischen durch farbige Truppen ist [illegible] von der kulturellen Seite der Frage ganz abgesehen [illegible] eine absolut zwecklose Verschwendung. [illegible] Arbeitskräfte, erzeugt [illegible] und zwingt die Deutschen [illegible] zu ernähren. Wenn Deutschland dadurch [illegible] der Frankreich noch irgendeinen Franken [illegible] den Wagen.

Aus dieser Situation ergibt sich die [illegible]politik und die Außenpolitik [illegible]. Erstere hat sie sich zu einer etwas [illegible] und einer Verteidigung [illegible] eigene Politik hat sie nicht zu [illegible]. Die in den [illegible] wirtschaftliche und [illegible] Frankreich schreit aber geradezu nach einer [illegible] sozialistischen Politik mit [illegible] und [illegible] dem Waffenstillstand [illegible]. [illegible] heute in Frankreich viel [illegible] dazu gehört hat, [illegible] zur Grundlage der Außenpolitik zu machen.

Ich glaube nicht, daß die Führer [illegible] aufbringen werden. [illegible] als er von den Massen sprach, die hinter der deutschen [illegible] stehen, von deren [illegible] Führern den Scheidemann und Noske zu reden. Wie soll man von so [illegible] die bewußt eine Unwahrheit wiederholen, um den Kommunisten von links und von rechts eine Konzession zu machen, erwarten, daß sie den Mut aufbringen werden, sich dem Strom der öffentlichen Meinung entgegenzuwerfen und für eine deutsch-französische Aussöhnung einzutreten? Und doch liegt hier, und hier allein die Zukunft der sozialistischen Partei Frankreichs, weil hier allein die Zukunft Frankreichs liegt. — —

Ein Aufruf zur internationalen Einigung.

Wir haben schon vor kurzem an dieser Stelle das Rundschreiben des englischen Genossen Ramsay Macdonald zitiert, in dem eine Aktion des Sekretariats der Zweiten Internationale angekündigt wird, um einen internationalen Zusammenschluß aller sozialistischen Organisationen in den verschiedenen Ländern herbeizuführen. Inzwischen hat nun das von der Zweiten Internationale eingesetzte britische Aktionskomitee ein Schreiben an alle sozialistischen und sogar auch kommunistischen Parteien der Welt gerichtet, aus dem nachstehend die wichtigsten Punkte wiedergegeben seien.

Einleitend wird auf die Ohnmacht der Internationale, den Krieg zu vermeiden, hingewiesen und dies Versagen folgendermaßen begründet: „Sowohl das sozialistische wie auch das nichtsozialistische Europa zerfiel in nationale Gruppen, je weiter das Ringen fortschritt, und manche dieser Gruppen, die jetzt die Zweite Internationale wegen ihres Mißlingens am bittersten tadeln, schlossen sich dem Totentanze an." Die Abhaltung internationaler Konferenzen scheiterte an den Paßschwierigkeiten, die von den militärischen Gewalthabern in den einzelnen Ländern gemacht wurden.

Als nach dem Kriege die Versuche zur Neuaufrichtung der Internationale einsetzten, beteiligten sich zunächst auch die Franzosen, die deutschen Unabhängigen und die Oesterreicher daran. Die Vorwürfe, die heute von einzelnen sozialistischen Organisationen gegen die Zweite Internationale erhoben werden, gelten für beinahe jede dieser Organisation mit gleichem Rechte, und „wir müssen die zukünftige Internationale nicht nach den Kriegsjahren beurteilen, sondern nach den Richtlinien, die sie jetzt befolgt".

„Ueberdies sind die seit dem Waffenstillstand gegen die Zweite Internationale erhobenen Anschuldigungen unwahr. Die Zweite Internationale hat ebensoviel getan wie die Dritte (außerhalb Rußlands selbst) bei der Bekämpfung der kapitalistischen und imperialistischen Angriffe auf Rußland." Ferner wird auf die Tätigkeit der Zweiten Internationale bei der Lösung von Fragen des Friedensvertrages, des Völkerbundes, der Verantwortlichkeit für den Krieg, der Kriegsgefangenenheimkehr, der Hungersnot, der Blockade und des internationalen Handels verwiesen, besonders auch auf die Bestrebungen zur Bekämpfung des weißen Terrors in Ungarn.

„Die Internationale unternahm auch einen Versöhnungs- und Vereinigungsversuch in dem Streite zwischen den sozialistischen Parteien Deutschlands. Eine internationale Untersuchungskommission verbrauchte mehrere Wochen mit dem Studium der Judenverfolgung in Polen und hat auch andererseits, wie zum Beispiel in der Zwietracht der deutschen und polnischen Parteien betreffs der Volksabstimmung in Oberschlesien, erfolgreich eingegriffen."

Daß einige sozialdemokratische Regierungen nach dem Kriege bewaffnete Empörungen mit Waffengewalt unterdrücken mußten, wird zwar für bedauerlich erklärt, aber ein Urteil über diese Vorgänge ist erst nach genauer Prüfung möglich, der jedoch gerade die deutschen Unabhängigen ausgewichen sind.

„Der Bolschewismus", heißt es dann weiter, „lehrt augenblicklich seine Anhänger, daß die, welche politische Methoden verwenden, Verräter an der Sache des Kommunismus sind, daß aber politische Handlung einzig und allein benützt werden solle, um den Bankerott der zu erobernden Staatseinrichtungen zu beweisen. Offenbar muß ein solches Kompromiß mit dem Verbotenen sich selbst vernichten, und Kandidaten, die einer solchen Richtlinie folgen, können sich in den Augen der Wähler nur lächerlich machen. Diese ist einfach politische und revolutionäre Richtigkeit. Augenscheinlich muß jeder Sozialist, der irgendwelchen internationalen Instinkt hat, sehen, daß eine auf der Grundlage der Moskauer Prinzipien aufgebaute Internationale niemals mehr als die allergeringste und am wenigsten einflußreiche Fraktion der sozialistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern vorstellen kann. Deshalb hat die Zweite Internationale den Bolschewismus als Grundlage ihres Daseins verworfen.

Außerdem müßten doch auch die Versuche Moskaus, die nationalen Organisationen nicht nur in ihrer allgemeinen sozialistischen Politik, sondern auch in den Einzelheiten ihrer eigenen nationalen Arbeit zu kontrollieren, jede sich selbst achtende und Gefühl für nationale Freiheit besitzende Organisation daran hindern, sich unter ein solches Joch zu beugen."

Im weiteren Verlauf dieser Ausführungen wird die dringende Notwendigkeit einer einheitlichen sozialistischen Internationale im Hinblick auf die Ueberreife des imperialistischen und kapitalistischen Zeitalters und die bevorstehenden großen gesellschaftlichen Umwälzungen betont und der in dem von der Berner „Wiederaufbaukonferenz" veröffentlichten Manifest erhobene Vorwurf einer theoretischen Verkennung der historischen Notwendigkeiten des revolutionären Klassenkampfes zurückgewiesen. Mit Bezug auf das vielumstrittene Marxwort der „Diktatur des Proletariats" wird sehr treffend gesagt: „Wir denken, es ist schade, die Internationale wegen solcher Phrasen von flüchtiger und ungewisser Bedeutung zu spalten."

Die heute bestehende internationale Uneinigkeit erfährt folgende beachtenswerte Kritik: „Es wird mehr Aufmerksamkeit den gegenseitigen Angriffen wegen taktischer Fragen gewidmet, als dem Angriff auf den gemeinsamen Feind. Der Mangel an einer einheitlichen Internationale läßt die sich nun bietende großartige Gelegenheit vorbeischlüpfen, und die sozialistische Bewegung, die sich zu einem Friedensangriff hätte zusammenraffen sollen, wird in der Nichtigkeit interner Streitigkeiten zerstreut."

Zum Schlusse wird an alle sozialistischen Parteien die Aufforderung gerichtet, ihre Vorschläge zur Einigung der Internationale einzureichen, damit sie gemeinsam durchgesprochen werden und zum erstrebten Resultat führen können. Der Aufruf ist von den englischen Genossen Artur Henderson, J. H. Thomas, Harry Gosling und Ramsay Macdonald unterzeichnet. Wenn die sozialistischen Parteien, die in letzter Zeit der zweiten Internationale fern geblieben sind, vor allem die deutschen Unabhängigen und die Oesterreicher, es mit dem Wiederaufbau der Internationale wirklich ernst meinen, so werden sie sich der Logik dieses Aufrufs nicht entziehen können.

Drohender Polenputsch in Oberschlesien.

Berlin, 13. Jan. Die deutsche Regierung ist in den Besitz einer Fülle urkundlichen Materials gelangt, aus dem mit Deutlichkeit hervorgeht, in welch umfangreicher Weise von gewissen polnischen Kreisen auch auf oberschlesischem Boden selbst die militärische Organisation weiter ausgebaut worden ist, auf deren Vorhandensein schon bei Gelegenheit des August-Septemberaufstandes hingewiesen worden ist. Der beweiskräftige Teil dieses Materials ist daher der Botschafterkonferenz sowie den alliierten Regierungen in London, Rom und Paris übergeben und dabei erklärt worden, daß die deutsche Regierung sich für verpflichtet hält, erneut auf die Gefahren hinzuweisen, die dem Frieden in Oberschlesien von dieser Seite drohen. Sie hat im jetzigen Augenblick alles getan, um mit Hilfe der alliierten Regierungen, wenn möglich, noch den Ausbruch eines erneuten Aufstandes im Abstimmungsgebiet zu verhindern, der nach allen vorliegenden Nachrichten für Mitte des Monats Januar geplant zu sein scheint. Sie hat es für ihre Pflicht gehalten, in letzter Stunde vor Taten zu warnen, die eine dem Friedensvertrag entsprechende Abstimmung verhindern und erneut namenloses Unglück über das bereits über alles Maß vom polnischen Terror gequälte Land bringen würde. Es sei nunmehr an der Zeit, dem Terror zu steuern und unter allen Umständen zu verhindern, daß er durch noch Schlimmeres, den Bürgerkrieg, ersetzt werde.

Kattowitz, 13. Jan. Das polnische Plebiszitkommissariat in Beuthen hat dem Präsidium des polnischen Ministerrats in Warschau als „interessantes deutsches Dokument" eine infame Fälschung unterbreitet. Die Fälschung betrifft ein Schriftstück des kommissarischen Oberpräsidenten von Oberschlesien, Geheimen Oberjustizrats Bitta aus dessen „geheimer Kanzlei" in Berlin, die es überhaupt nicht gibt. Es ist an den deutschen Plebiszitkommissar Dr. Urbaneck in Kattowitz gerichtet und teilt das Einverständnis zu dessen angeblichem Vorschlag mit, die oberschlesischen Kohlengruben im Falle einer für Deutschland ungünstigen Abstimmung in die Luft zu sprengen.

Der Poststreik in Oesterreich.

Wien, 13. Jan. Nach der Schilderung der Abendblätter über den Poststreik ist die Briefbestellung fast vollkommen unterbrochen. Der lokale Geldverkehr ist vorläufig noch nicht ganz unterbrochen, ebenso der telegraphische, telephonische und Rohrpostdienst. In den Ländern wird der Streik, wie die Postgesellschaft den Blättern mitteilt, in vollem Umfange durchgeführt.

Wien, 13. Jan. Den Blättern zufolge erstreckt sich der Poststreik auf ganz Oesterreich.

Ein Ministerialerlaß gegen Monokelfatzken.

Der preußische Minister des Innern, Genosse Severing, hat folgende Verfügung erlassen:

„Trotz meiner verschiedenen Hinweise ist es mir aufgefallen, daß ein Teil der oberen Beamten der Schutzpolizei immer noch Einglässer trägt. Da dies zweifellos in den weitaus meisten Fällen auf äußerlichen Gründen beruht, nicht auf einseitiger Augenschwäche, ersuche ich, darauf hinzuwirken, daß diese unzeitgemäße Gewohnheit in Zukunft unterbleibt. Gerade jetzt hat der Polizeibeamte mehr als je um Dasein und Anerkennung zu ringen. Dieses Bestreben, das sich nur auf Pflichtgefühl, Wissen und Takt stützen darf, wird durch Auswüchse der oben erwähnten Art, die auch in der einflußreichsten Beamtenschaft die gebührende Beurteilung finden, in höchst nachteiliger Weise beeinträchtigt. Soweit sich die betreffenden oberen Beamten darauf stützen, daß sie tatsächlich mit einem einseitigen Augenleiden behaftet sind, wird eine scharfe Nachprüfung ihrer vollen Polizeidienstfähigkeit durch den beamteten Arzt eintreten müssen.

Ich muß von jedem Beamten erwarten, daß er in diesen schweren Zeiten unter Ausschaltung jeder Äußerlichkeit seinem Berufe nachgeht und demgemäß vom Tragen des Einglases absieht."

„[illegible] was der Preuße sich wohl einbildet!"

Der kommunistische Wahnsinn.

Auf einer Betriebsversammlung der Berliner Elektrizitätszentrale Moabit forderte der frühere Obmann der Berliner Elektrizitätsarbeiter, Sült (der bekanntlich wegen seiner Tätigkeit beim letzten Berliner Elektrizitätsstreik aus dem Verbande der Heizer und Maschinisten ausgeschlossen worden ist. D. Red.), die Arbeiter auf, die Betriebsleitung und die Direktion der Elektrizitätswerke auszuschalten und den Betrieb durch den Betriebsrat zu übernehmen. Der Berliner Stadtbaurat Horten stehe dabei ganz auf Seiten der Arbeiter. (Auf einen Schwindel mehr oder weniger kommt es dieser Sorte „Arbeiterführer" ja nicht an. D. Red.) Weiter erklärte Sült, daß er jede Verhandlung nach dem Vorbilde der Tumulte im Rathause systematisch sprengen und sie dadurch unmöglich machen wolle. Eine von den Arbeitern zum Stadtrat Horten entsandte Kommission erhielt von diesem die Antwort, daß er in keinem Einverständnis mit Sült stehe. Somit sind Sülts Versuche der Errichtung einer Räteherrschaft in den städtischen Elektrizitätswerken durch das ruhige Verhalten der Arbeiterschaft gescheitert.

Die Schraube ohne Ende.

Berlin, 13. Jan. Der Reichsfinanzminister beziffert die Mehrbelastung, die sich aus den Mehraufwendungen für die Beamten ergeben würde, auf insgesamt rund acht Milliarden Mark jährlich. Nach den bisherigen Vereinbarungen zwischen Regierung und Beamten, so sagte Minister Wirth einem Mitarbeiter der „Voss. Ztg." gegenüber, würde das Reich jährlich für Beamtenbesoldungen $2^{8}/_{10}$ Milliarden Mark aufbringen müssen. Kämen noch neue Forderungen dazu, dann würden es $3^{8}/_{10}$ Milliarden werden. Die Mehrbelastung, die sich für Länder und Gemeinden ergeben würde, werde auf eine gleiche Summe geschätzt, also wieder auf $3^{8}/_{10}$ Milliarden. Woher aber sollen, fuhr der Minister fort, die Länder und Gemeinden diese gewaltigen Summen aufbringen. Es wird darauf hinauslaufen, daß das Reich auch den Mehraufwand für die Beamtenbesoldungen der Länder und Gemeinden wird übernehmen müssen. Es wird nur möglich sein, dahin zu kommen durch eine Erhöhung sowohl der Personen- wie Gütertarife und eine Erhöhung der Brief-, Telegramm- und Telephongebühren. Im finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates ist die Junggesellensteuer angeregt worden. Ihr Ertrag würde jedoch nur gering sein. Weit höhere Erträgnisse würden aus einer Erhöhung der Kohlensteuer, die bis zum 1. März gilt, aus einer Erhöhung der Umsatzsteuer und aus der Einführung einer Zuckersteuer kommen.

Drohende Eisenbahnverkehrseinschränkung wegen Kohlenmangels.

Berlin, 12. Jan. Seit dem Beginn der Ausführung des Spa-Abkommens hat der Eisenbahnverwaltung nicht mehr eine dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlenmenge zugeteilt werden können. Vor allem waren auch die für eine wirtschaftliche Lokomotivfeuerung notwendigen Kohlensorten nicht in ausreichender Menge vorhanden, da gerade sie von der Entente verlangt werden. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind infolgedessen stark zurückgegangen; zurzeit sind fast überall nur noch Vorräte für weniger als zehn Tage vorhanden. Damit nähert sich die Lage dem Gefahrpunkt, daß der Betrieb aus Mangel an Dienstkohlen nicht mehr in vollem Umfange durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen, ist nicht ausgeschlossen.

Die argentinischen Genossen gehen nicht nach Moskau.

Buenos Aires, 12. Jan. Der Parteitag der Sozialisten hat in Bahia Blanca mit 5015 gegen 3656 Stimmen den Anschluß an die Moskauer Internationale abgelehnt.

Polnische Anleihe in Amerika.

Paris, 11. Jan. Nach einer Radiomeldung aus Newyork haben zwischen der amerikanischen und der polnischen Regierung Verhandlungen wegen des Abschlusses einer polnischen Anleihe in den Vereinigten Staaten begonnen.

Letzte Nachrichten.

Newyork, 13. Jan. Das Kriegsdepartement ordnete an, daß die amerikanische Besatzung im Rheinland von 17.000 auf 8000 Mann herabgesetzt wird.

Paris, 12. Jan. Die Einnahmen an indirekten Steuern und aus den Monopolen im Dezember betragen 1 168 347 000 Franken. Das bedeutet gegenüber dem Staatshaushaltsvoranschlag eine Mindereinnahme von 31 267 000 Franken.

Rostock, 13. Jan. Wie der „Rostocker Anz." aus Schwerin meldet, hat in einer Besprechung am Mittwoch die Fraktion der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Dorfbundes [illegible] beschlossen, das bisherige Ministerium wiederzuwählen und somit ihre Stimme bei der Wahl des Ministerpräsidenten am Freitag für Professor Dr. Reincke-Bloch abzugeben.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 11 | Freitag, den 14. Januar 1921 | 12. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Der vorerst endgültige Oberkommissar.

General Haking soll Ende Januar in Danzig eintreffen, um sein Amt vorläufig auf die Dauer eines Jahres zu übernehmen. In dem einen Jahr, das Danzig als „Freistaat" besteht, war die Besetzung des Postens des Oberkommissars bekanntlich recht wechselvoll und es scheint fraglich, daß man in General Haking den ständigen Oberkommissar zu erblicken hat. Vorerst scheint die vorgesehene nur einjährige Amtsdauer das Gegenteil zu zeigen. Die Geschichte der Danziger Oberkommissare wird also schon mit vier Namen beginnen. Reginald Tower war der provisorische Oberkommissar. Ihm folgte Oberst Strutt als stellvertretender provisorischer Oberkommissar. Dieser wurde abgelöst durch den aushelfsweisen endgültigen Oberkommissar Dr. Attolico und folgt nunmehr General Haking als vorerst endgültiger Oberkommissar. Bald will es scheinen als wenn die Verlegenheit des Völkerbundes gegenüber der Danziger Frage schon in dieser wechselnden unständigen Besetzung des Oberkommissarpostens zum Ausdruck kommt. Danzig hat aber durch diesen heftigen Wechsel doppelten Schaden. Einmal wird keiner der Herren während der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit den Einblick in die Danziger Verhältnisse gewinnen, der notwendig wäre, um der politischen und wirtschaftlichen Lage des Freistaates gerecht zu werden und zum andern ist dieser fortwährende Austausch nicht ohne finanzielle Kosten. Bisher hat der Völkerbund sich nicht von der Seite gezeigt, daß er die Kosten seiner Experimente selbst bezahlt, wenn gleich es in diesem Falle das schwerste Unrecht wäre, Danzig zur Kostenrechnung heranzuziehen. Schon die anteilige Heranziehung zu den laufenden Unterhaltungskosten des Oberkommissars sind ungerechtfertigt und drückend genug, so daß nur der Standpunkt gelten kann, daß der Völkerbund selbst all die weiter entstehenden Kosten tragen muß.

Vorsicht vor Menschenbeglückern.

Die Leitung des „Wanderungsamtes" der Stadt Danzig (Sandgrube 41 a) schreibt uns: Kürzlich ist eine Anzahl deutscher junger Männer beim unerlaubten Uebertritt über die litauische Grenze von litauischem Militär verhaftet, und nach vollständiger Ausraubung nach dem Konzentrationslager Kowno geschleppt worden. Dort erklärten sie, daß sie Anschluß an eine neue antibolschewistische Armee gesucht hätten, die es in Litauen nicht gibt und nicht geben kann. Offenbar sind sie von unbekannten „Menschenbeglückern" zur Ausreise nach Litauen verführt worden, um von dort aus nach einer ganz anderen Himmelsrichtung verschleppt zu werden. Es muß immer wieder die traurige Erfahrung gemacht werden, daß junge Deutsche einer unverantwortlichen Werbetätigkeit zum Opfer fallen, indem sie sich für irgend eine vermeintliche bolschewistische oder auch antibolschewistische Armee, oder auch für angeblich gut bezahlte Arbeiten im Auslande anwerben, und zum Verlassen der Heimat verleiten lassen. In der Fremde finden sie dann nichts anderes als Enttäuschungen und bitterste Not. Wem von diesen Betrogenen es ausnahmsweise gelingt, ausgeplündert und an Leib und Seele zerrüttet wieder nach der Heimat zurückzugelangen, der kann sich noch glücklich schätzen. Trotzdem schenken arbeitslose, und selbst beschäftigte Heeresentlassene jugendlichen Alters allen unmöglichen Gerüchten und Verlockungen Gehör ohne zu ahnen, daß sie in jedem Falle ein Opfer gewissenloser, bezahlter Agenten sind, die nichts weniger als das Wohl der Angeworbenen im Auge haben. An alle beteiligten Stellen wird daher die Bitte gerichtet, den jugendlichen Auswanderungswilligen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken und sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Notwendigkeit einer sachkundigen Beratung hinzuweisen, bevor sie sich irgendeinem unbekannten „Menschenbeglücker" oft rückhaltlos anvertrauen.

Der 4. Bezirk des Sozialdemokratischen Vereins Danzig (Schidlitz) hielt am Mittwoch seine Monatsversammlung im Lokale von Steppuhn ab. Genosse Orlowski gab die Abrechnung vom 4. Quartal, die als richtig anerkannt wurde. Die vorgenommene Neuwahl des Bezirksvorstandes ergab als 1. Vorsitzenden: Gen. Pilnski, 2. Vorsitzenden: Erdmann, Kassierer: Steffanowski, Schriftführer Zisse, Revisoren Behrend und Klein. Ferner wurde beschlossen, die Mitgliederversammlungen von jetzt ab an jedem Mittwoch nach dem 1. des Monats abzuhalten. Gen. Dr. Bing hielt darauf einen Vortrag über „Sozialdemokratie und Judenfrage". Redner schilderte die schon unter Titus I. einsetzende Judenbekämpfung durch deren Tempelzerstörung bis zum heutigen Antisemitismus. Wie verderblich auf den Charakter der Jugend in bezug auf die Menschenverachtung von seiten antisemitischer Lehrer und Schulleiter eingewirkt wird, wurde vom Referenten und Diskussionsrednern an Beispielen gezeigt. Hervorgehoben wurde, daß der Hauptzweck der Judenhetze nicht zuletzt der Ablenkung von ernsten politischen und wirtschaftlichen Fragen und der monarchistischen Propaganda der deutschvölkischen Kreise dienen soll. Nach einer Aussprache und Schlußwort des Referenten schloß die Versammlung um 9 Uhr.

Auszahlung rückständiger Guthaben der Heimkehrer. Von der englischen Regierung sind Listen über 43 000 englische Pfund eingegangen. Die Summe umfaßt rückständige Arbeitslöhne der in englischer Hand und auf englischem Boden in Kriegsgefangenschaft gewesenen Heimkehrer.

Die Zweigstelle der General-Kriegskasse, Berlin S. W. 19, Unterwasserstraße 7, ist angewiesen, die Einzelbeträge an die Empfangsberechtigten zu zahlen. Den Heimgekehrten sind von der englischen Regierung Guthabenscheine, über einen bestimmten Betrag lautend ausgehändigt worden. Diese Scheine werden von der genannten Zweigstelle zur Abrechnung benötigt.

Heimkehrer, in deren Besitz sich noch englische, auf einen bestimmten Betrag lautende, Guthabenscheine befinden, werden hiermit aufgefordert, diese Scheine sofort an die Zweigstelle der Generalkriegskasse, Berlin, S. W. 19, Unterwasserstraße 7, zu senden.

Von England ist ferner ein Vorbetrag von rund 120 000 Mark nebst zugehörigen Listen eingegangen. Diese Summe enthält Post- usw. -Geld, mit deren Auszahlung die genannte Zweigstelle ebenfalls beauftragt ist. Die Auszahlung hat begonnen und wird laufend fortgesetzt.

Weitere Veröffentlichungen über Auszahlungen von Guthaben folgen allmonatlich.

Die Auszahlungen seitens der mehrfach genannten Zweigstelle erfolgen ohne weiteres Zutun. Die Heimkehrer werden deshalb im eigensten Interesse dringend gebeten, keinerlei Anfragen über die Auszahlung an die Zweigstelle richten zu wollen. Solche Anfragen wirken nur erschwerend, verzögern auch das Auszahlungsgeschäft und können einen Nutzen für den Heimkehrer nicht herbeiführen, müssen vielmehr unbeantwortet bleiben.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 16. Januar, 10 Uhr vormittags, Poggenpfuhl 16, Erbauung. Thema: „Unsere Zukunft".

Danziger Höhe. In den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Danziger Höhe sind gewählt worden: a) Arbeitgeber: Klempnermeister Willi Beck-Oliva, Direktor Wilhelm Godlin-Gr. Trampken, Baugewerksmeister Johannes Schulz-Praust. b) Arbeitnehmer: Maurer Johannes Rotta-Oliva, Tischler Wilhelm Edler-Oliva, Arbeiter Franz Littwin-Oliva, Arbeiter Otto Stangenberg-Oliva, Arbeiter Hermann Willer-Oliva, Kupferschmied Ewald Judee-Oliva. Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb zweier Wochen vom Tage der Bekanntmachung des Wahlergebnisses angefochten werden. Anfechtungen sind bei dem Versicherungsamt des Kreises anzubringen, welches auch über die Anfechtungen entscheidet. Die in den Vorstand gewählten Ausschußmitglieder scheiden aus dem Ausschusse aus. An deren Stelle rücken Ersatzmänner ein. Der Ausschuß setzt sich nunmehr aus folgenden Personen zusammen: Arbeitgeber: 1. Schlossermeister Bruno Hahn-Oliva, 2. Fabrikbesitzer Jakob Schulz-Oliva, 8. Dachdeckermeister Johann Odor-Ohra, 4. Fabrikbesitzer Georg Jahr-Praust. 5. Fabrikbesitzer Eduard Backhaus-Danzig-Schellmühl. 6. Mühlenbesitzer Emil Holzrichter-Kahlbude. 7. Fuhrhalter Paul Grundmann-Oliva. 8. Fabrikbesitzer August Kirschberger-Ohra. 9. Fabrikbesitzer Fritz Bienert-Hohenstein. b) Arbeitnehmer: 1. Tischler Artur Eick, 2 Maler Hermann Hinz. 3. Tischler Johann Lademann. 4. Maurer Franz Müller, 5. Mühlenarbeiter Gregor Burkowski, 6. Kaufmann August Serwe. 7. Arbeiter Georg Manka, 8. Klempner Willi Reck. 9. Packer Albert Schlatz. 10. Arbeiter Franz Pichowski, 11. Küster Walter Müller. 12. Arbeiter Hans Kabatz. 13. Schlosser Oskar Rabant-Ohra. 14. Verkäuferin Gertrud Terowski, 15. Mühlenwerkführer Friedrich Rohmann. 16. Tischler Gustav Böhm. 17. Schlosser Hermann Hagel. 18. Hilfsmonteur Heinrich Haase. Die Vertreter ohne besonderer Angabe des Wohnortes wohnen in Oliva.

Danziger Höhe. Die Prüfung der Quittungskarten für die Invalidenversicherung hat ergeben, daß vielfach von Arbeitgebern seit der Erhöhung des Wertes für Beitragsmarken am 1. August 1920 ab Marken niedriger Lohnklassen als bisher verwendet werden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß für den Kreis Danziger Höhe Marken zu 1,40 Mark zu verwenden sind, mit Ausnahme der Dienstboten im Haushalte, die zur 3. Stufe der Landkrankenkasse gehören: für diese sind Marken zu 1,20 Mark zu verwenden. Die Verwendung von Marken in unzureichender Höhe wird bestraft werden. Alle Karten, in denen die Beiträge nicht ausreichen, sind der Versicherungsanstalt zur Richtigstellung einzusenden.

Danziger Höhe. Auf Grund des Gesetzes über die Höchstpreise ist für das Gebiet des Kreises Danziger Höhe der Kleinverkaufshöchstpreis für Krankenmehl auf 1,80 Mark für 500 Gramm festgesetzt. Die Bestimmung dieser Anordnung ist mit dem 6. Jan. in Kraft getreten.

Danziger Niederung. Der Kreisausschuß gibt bekannt: Wir haben seiner Zeit einen Posten guten 78 Zentimeter breiten Bettinlett erworben, das wir an Kriegshinterbliebene und Kriegsinvaliden mit eigenem Hausstande abgeben wollten, jedoch haben weder Kriegshinterbliebene noch Kriegsinvaliden hiervon Gebrauch gemacht. Wir stellen das Bettinlett den Kreiseingesessenen zum Preise von 58 Mark pro Meter zur Verfügung. Die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher ersuchen wir, den Ortseingesessenen hiervon in ortsüblicher Weise Kenntnis zu geben und etwaige Bestellungen entgegenzunehmen und gesammelt hierher zu übermitteln. Wir bemerken, daß die vorhandene Ware sehr gute Qualität ist. Die bestellten Mengen gelangen umgehend zur Absendung.

Praust. Der Gemeindekassenrendant Heinrich Zimmermann in Praust ist zum 2. Stellvertreter des Standesbeamten des Standesamtsbezirks Praust ernannt worden. Der Senat, Abteilung des Innern, hat hierzu die Genehmigung erteilt.

Sport und Körperpflege.

Freie Turnerschaft Danzig:

Sonntag, den 16. Jan., vorm. 9 Uhr, auf dem Heinrich-Ehlers-Platz: Fußballtraining für sämtliche Mannschaften. — Zwecks Regelung der Beiträge sind die Hauskassierer angewiesen, Sonntag, den 16. Jan., nochmals zu kassieren. Rückständige vorjährige Beiträge sind unbedingt zu begleichen. In der Turnstunde am Montag, den 17. Jan., in der Turnhalle Kehrwiedergasse werden ebenfalls Beiträge entgegengenommen. Auf die am 25. Januar, abends 5½ Uhr, im Lokale Schmidtke, Schichaugasse 6, stattfindende Generalversammlung sei hier mit hingewiesen.

Touristenverein „Die Naturfreunde":

Sonntag, den 16. Januar: Nach dem Olivaer Wald. Treffen: 8 Uhr, Kohlenmarkt. Führer: Partikel. — Donnerstag, den 20. Januar im Heim (Stockturm): Rezitationen des Genossen Töpfer. Freunde und Gönner sind stets willkommen.

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Linden.

100) (Fortsetzung.)

„Wie du mir vorkommst," gab Engelberta lachend zurück. „Trägst du etwa keine Unterröcke? Es ist schon richtig, irgend so eine Schreiberseele sagt:

„Die keuschen Herzen wagen nicht zu nennen,
Was nie und nimmer sie entbehren können!"

„Verlasse augenblicklich das Zimmer," rief die Baronin zornig aus „und komm mir erst wieder vor die Augen, wenn du dich wie eine gesittete junge Dame von Stand benimmst."

„Dann wirst du mich niemals wiedersehen!" erklärte Engelberta sehr vergnügt. „Also auf Nimmerwiedersehen!" Sie machte spöttisch einen tiefen Knicks und verließ, ein Liedchen trällernd, das Zimmer.

„Das Geschöpf ist buchstäblich der Nagel zu meinem Sarge," jammerte die Baronin. „Wenn ich mich über sie beklage, zieht dieser verblendete Vater alles ins Lächerliche. Gegen Engelberta ist der Baron von einer geradezu sträflichen Schwäche und den armen Edgar behandelt er mit unverzeihlicher Härte. Uebrigens könnte die Mamsell Edgar wieder ein Kistchen schicken. Er soll doch sehen, daß ich an ihn denke."

Als die große Kiste anlangte, dachte Edgar voller Bitterkeit:

„Es ist meinem Vater noch nie eingefallen, mir eine Freude zu machen, aber die Stiefmutter tut es mitunter. Sie hat mehr Zuneigung zu mir, wie mein Vater. Jetzt bin ich froh darüber, daß mein Vater stets so hart und so ungerecht gegen mich war, denn nun braucht es mir nicht nahe zu gehen, wenn meine Heirat mit Bertel ihm großen Verdruß macht."

Er war felsenfest entschlossen, um seiner Liebe willen auf das Majorat zu verzichten und lebte sehr zurückgezogen, versah seinen Dienst aber höchst gewissenhaft. Bei den Mannschaften war er als sehr gerechter und einsichtsvoller Vorgesetzter sehr beliebt. Jeder Mann der Kompanie wäre für Edgar durchs Feuer gegangen.

Der junge Baron hätte sein Glück bei den Damen machen können, denn er war schön, jung und gehörte der Aristokratie an, aber er war blind für die zärtlichen Blicke, die ihn aus schönen Augen trafen, denn sein Herz gehörte einem armen Mädchen aus dem Volke.

Therese, die großes Geschick zum Nähen hatte, richtete sich in der Nähstube gut ein. Der Baron, welcher sich in ihrer Schuld fühlte, zahlte ihr einen Vierteljahreslohn von zwanzig Talern — ein für die damalige Zeit unerhört hohes Gehalt, knüpfte aber die Bedingung daran, daß Mutter Lustig nur fünf Taler davon erhielt, daß Therese ebenso viel zur Bestreitung ihrer Ausgaben zurückbehielt, und daß sie den Rest in der Sparkasse anlegte. Diese Bestimmung war der allzeit naschlustigen Frau ein Dorn im Auge, aber Nazi lachte sich ins Fäustchen. Er hatte zu früh gelacht, denn die Frau verstand es, ihrer Tochter das Sparkassenbuch unter den verschiedenartigsten Vorwänden abzulocken und sie vernaschte das Geld bis auf den letzten Pfennig.

Der Winter und das Frühjahr vergingen für Frau Birkner, Berta und Therese in fleißiger Arbeit ohne besondere Ereignisse. Therese hatte sich zwar einigermaßen erholt, war aber so schwach auf den Füßen, daß sie schon ermüdete, wenn sie einige Schritte ging. Nazi war rührend um Therese besorgt und seine Mutter tat alles, was sie ihr an den Augen absehen konnte. Ursula, die vorzeitig gealtert war, wohnte in einem winzigen Stübchen unter dem Dache, zu dem eine Treppe führte, die große Aehnlichkeit mit einer Hühnerleiter hatte. Sie war seit Jahresfrist nicht mehr bei dem Baron, sondern arbeitete nun im Tagelohn bei den Bauern. Obgleich sie es jetzt viel schwerer hatte, war sie doch vollkommen zufrieden, weil sie ihr eigenes Stübchen besaß und an Sonn- und Feiertagen ihre eigene Herrin war. Sie hatte dann die Freude, ihren Sohn und seine Braut als liebe Gäste bei sich zu sehen.

Das waren Feststunden für die drei Menschen, denen das Glück so hartnäckig den Rücken gedreht hatte. Ursula braute dann ein Getränk, das sie Kaffee nannte, in dem aber keine Kaffeebohne enthalten war, was jedoch allen ausgezeichnet schmeckte; Nazi spendierte frische Semmeln von Meister Mertens und Therese brachte der „Muttel" einen guten Bissen mit, den sie sich vom Munde abgespart hatte. Es war so eng in dem Stübchen, daß Therese und Ursula auf dem schmalen Bett sitzen mußten. Nazi pflegte auf dem einzigen Stuhl Platz zu nehmen. Das Dach war abgeschrägt, die Möbel alt und schadhaft, aber die drei waren in der ärmlichen Umgebung glückselig. Sie berechneten wie lange es noch dauern würde, bis sie den Kaufpreis für das Häuschen beisammen hätten, und das war für alle ein hoher Genuß. Alle Einzelheiten wurden eingehend besprochen und verloren doch nie an Interesse für sie.

Eines Tages sagte Nazi in großer Erregung:

„Die Mutter Schmidten will ja ihr Häusel verkaufen und zu ihrer Tochter in die Stadt machen. Mutterle, Reserl, wie wärs damit? Sie will für das Häusel mitsamt dem Garten hundertneunzig Taler haben."

„Nee, mein lieber Bub," sagte Ursula. „Das Häusel is ja patschnaß und fällt bald zusammen und der Brunnen hat das schlechteste Wasser im ganzen Dorf."

„Wenn der mal gründlich rein gemacht würde, dann täte sich das schon bessern," wendete Nazi ein.

„Kann sein," stimmte Ursula zu, „aber deswegen bleibts Häusel halt doch naß. Die Dielen sind ja so verfault, daß die Schmidten schon ein paarmal eingebrochen is."

„Weißt du was, Nazi," sagte Therese lebhaft, „du kannst doch ein Bissel bauen, gelt ja, Nazi?"

„Kann ich wohl, aber ein ganzes Häusel tu ich mich doch nich getrauen allein zu bauen," entgegnete Nazi kleinlaut, „obschon das viel billiger käme."

„Wenn du dir aber den Heinze dazu nehmen tätest, der is doch Maurer, wie wärs dann?" fuhr Therese fort. „Wenn es soweit is, bitt ich um Urlaub für dich — — —"

„O je!" sagte Ursula, „alsdann spricht der Herr Inspektor: Wenn mir der Mann einen Stellvertreter schafft, kann er gehen, sonst nit!"

„Ach, ich geh doch nicht zum Inspektor, ich geh doch bald zu unserm Baron!" triumphierte Therese.

„Ja, alsdann!" sagte Ursula voller Hochachtung für Thereses Unternehmungslust.

„Da liegt doch die Brandstelle von dem Heimlich-Häusel noch immer wüst," fuhr das junge Mädchen fort. „Dazu gehört ein guter Brunnen und ein großer Garten, der is arg verwildert, aber da ginge noch viel gut zu machen. Die Heimlich-Leute sind alle in Hamburg, denen nützt der Garten hier nichts."

„Hast recht, Dirndel, liebes," sagte Ursula erfreut. „Die täten uns ihr Heimatel billig hergeben. Aber weiß man, wo sie in Hamburg wohnen?"

„Am grünen Weg Nummer 12," sagte Therese. „Die Heimlich Trude hat nämlich an mich geschrieben."

„Ach, wenn ich wieder ein Heimatel hätte," sagte Ursula, „wie froh wollte ich dann sein!"

„Gelt, dann singen und tanzen wir alle Tage, mein herzlausiger Schatz!" sagte Nazi, seine Braut an sich ziehend.

(Fortsetzung folgt.)

Aus aller Welt.

183 000 Mark in zwei Nächten verschwendet. Als einen „leichtfertigen Verschwender“ bezeichnete der Vorsitzende einer Strafkammer in der Urteilsbegründung den Kaufmann Dobrinskant aus Tilsit, der in einer Strafsache als Zeuge auftreten mußte. Der Zeuge Kaufmann Dobrinskant kam am [illegible] September 1919 von Hamburg nach Berlin, nachdem er dort ein Geschäft gemacht hatte, das ihm 175 000 Mark eingebracht hatte. Seit der Verhandlung [illegible] hat er der Zeuge fertiggebracht, diese 183 000 Mark in zwei Nächten und einem Tage bis auf den letzten Pfennig zu vergeuden, denn als er am Morgen des [illegible] September auf einer Landstraße erwachte, war nicht nur das [illegible] [illegible] [illegible] mehr Angestellte an [illegible] „Merkur“ [illegible] Am Morgen des 7. September [illegible] [illegible] [illegible] sich ein Kreis [illegible] gebildet, der [illegible] [illegible]

Diebstahl eines Rembrand-Gemäldes. Aus dem Privatkontor der Bankfirma Emil Heckscher u. Co., Hamburg, ist ein Rembrandt-Gemälde (Landschaft) gestohlen. Das Gemälde ist mit zwei Millionen Mark versichert. Seine Echtheit ist unzweifelhaft von vierzehn Fachautoritäten festgestellt worden. Der Besitzer stand neuerdings mit einem Amerikaner in Unterhandlungen, der das Mehrfache des Versicherungsbetrages dafür anlegen wollte. Um die Ausfuhr zu verhindern, sind sofort alle Häfen und Uebergangsbahnhöfe an den Grenzen durch die Polizei benachrichtigt worden, von der bereits bestimmte Spuren verfolgt werden.

Eine auffällige Zuckerlieferung. Der Ortsgruppe des Deutschen [illegible] in Hannover ist durch „die gütige Vermittelung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg“ Zucker „für bedürftige Mitglieder“ zur Verfügung gestellt worden, der an verheiratete Mitglieder, auch unverheiratete, die eigenen Hausstand [illegible] in Paketen von je 5 Pfund zu je 3 Mark das Pfund in den Tagen vom 19. bis 23. Dezember abgegeben wurde.

Unser Bruderblatt in Hannover, der „Volkswille“, kann zur Aufklärung mitteilen, daß schon vor einiger Zeit eine auffällige Zuckersendung über die Güterabfertigung in Hannover ging, und zwar erhielten davon u. a.:

Der Deutsche Offiziersbund	5 890	Pfund
Frau v. Hindenburg	2140	„
Gräfin v. d. Groeben	428	„
Fel. Koch durch d. Telephonnummer	492	„
[illegible]	1070	„
[illegible]	428	„
[illegible]	428	„
[illegible]	428	„
[illegible]	1256	„
[illegible]	428	„

[illegible] dem Deutschen Hilfskomitee in [illegible] die Verteilung von irgendeiner Stelle in Berlin erfolgt sein. Es darf füglich bezweifelt werden, daß diese Art der Verteilung im Sinne des deutschen Hilfskomitees in Peru geschehen ist, das, so sollte man annehmen, die Verteilung an die Allgemeinheit, oder an besonders Bedürftige im Auge gehabt hat. Daß diese Art Zuckerspende unter den obwaltenden Umständen besonders geeignet ist, böses Blut zu machen, muß jedem Einsichtigen klar sein.

Verzweiflungstat einer Mutter in Berlin. Die Postschaffnersfrau Friederike Lindemann, die im Hause Am Falkplatz 2 wohnte, vergiftete sich Montag abend mit einer noch nicht festgestellten Flüssigkeit, nachdem sie ihre beiden Kinder, die zehnjährige Ilse und die [illegible]jährige Margarete, mit einer kleinen Pistole zu erschießen versucht hatte. Als man die drei Personen auffand, gaben sie noch Lebenszeichen von sich und man brachte sie schleunigst nach dem Virchowkrankenhause. Frau Lindemann ist hier bald darauf der Wirkung des eilichen starken Giftes erlegen. Die Kinder haben Schußverletzungen an der rechten Schläfe. Ob sie mit dem Leben davon kommen, ist noch zweifelhaft. Nach den bisherigen Mitteilungen soll ein unglückliches Eheleben die Frau zu der Verzweiflungstat getrieben haben.

Der Kriegsschauplatz in Frankreich. Bei Grabungen in der Umgebung des Schlosses von Cambrai entdeckten Arbeiter in einem Graben, der während des Krieges als Schutz für eine Maschinengewehrabteilung diente, die Leichen von 16 deutschen Soldaten, darunter einem Offizier. — 10 000 Särge aus Amerika sind in Frankreich angekommen, um die Leichen amerikanischer Soldaten heim zu befördern.

Das tanzende Paris. In Paris sind im Jahre 1920 neu eröffnet worden 21 Theater und 56 Tanzsäle. In den Vororten 17 Theater und 140 Tanzsäle. Im ganzen sind in der Hauptstadt 190 Theater und Konzertsäle und 681 Tanzlokale.

MAGGI^s Fleischbrüh-Würfel, Qualitätsware, kein Ersatz

sind wieder überall erhältlich.

(3347)

Amtliche Bekanntmachungen.

Abgabe von Lebensmitteln.

Im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

Auf die Lebensmittelkarte:

a) **125 Gramm Halbfettkäse zum Preise von M. 5.70 für das Pfund** auf Marke 37 und 37 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder.

Die Geschäfte, die Käse zum Verkauf erhalten haben, müssen dieses durch Aushang bekanntgeben.

Die für Käse vereinnahmten Marken haben die Geschäfte unverzüglich nach Belieferung der Nahrungskartenstelle, Wiebenkaserne, Flügel B, Eingang Poggenpfuhl, 1. Obergeschoß, Zimmer 18, einzureichen.

b) **250 Gramm Haferflocken zum Preise von M. 2.60** für das Pfund oder 250 Gramm **Gerstengrütze zum Preise von M. 1.70 für das Pfund** auf Marken 38 und 38 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken **34 und 34 K der Lebensmittelkarten** für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

c) **250 Gramm Marmelade zum Preise von 3.40 für das Pfund auf Marken 39 und 39 K** der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 35 und 35 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

Die Bezugsscheine für Marmelade werden am Sonnabend, den 15. d. Mts. an die Händler mit den Anfangsbuchstaben A—K und am Montag, den 17. d. Mts. an die Händler mit den Anfangsbuchstaben L—Z im Lebensmittelamt, Wiebenkaserne, Flügel B, Eingang Poggenpfuhl, 2. Obergeschoß, Zimmer 31, ausgegeben.

d) **1 Päckchen Süßstoff zum Preise von 50 Pfennig** auf Marken 40 und 41 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 36 und 36 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

Die vereinnahmten Marken sind der Nahrungskartenstelle Wiebenkaserne, Flügel B, Eingang Poggenpfuhl, 1. Obergeschoß, Zimmer 18, einzureichen.

Die Restbestände an Schmalz sind markenfrei zu verkaufen.

Danzig, den 13. Januar 1921. (3381

Der Magistrat.

Die **Abbrucharbeiten** des Exerzierschuppens auf dem Bischofsberge, sowie die **Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten für Neubauten auf Stolzenberg** sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis

Sonnabend, den 22. Januar 1921, vormittags 10 Uhr

dem städt. Hochbaubüro, Eisenbahndirektionsgebäude, Zimmer 431 einzureichen.

Die Bedingungen liegen in der städt. Hochbauabteilung, Rathaus, Langgasse, Zimmer [illegible] zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden. (3[illegible]

Danzig, den 13. Januar 1921.

Der Magistrat.

Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.

Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 16 bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern ausgegeben.

Danzig, den 13. Januar 1921. (3380

Der Magistrat.

Bekanntmachung über Invalidenversicherung.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 31. Dezember 1920 betr. Verkauf der vom 1. August 1920 ab gültigen Beitragsmarken zum **doppelten Geldwert**, weisen wir darauf hin, daß entsprechend der Anwendung des Gesetzes im Deutschen Reiche der doppelte Betrag auch dann zu entrichten ist, wenn die Marken zur Verwendung für die Zeit vom 1. August bis einschließlich 19. Dezember 1920 geklebt werden, ohne Rücksicht darauf, ob ein Verschulden betreffs der bisherigen Nichtverwendung der Beiträge vorliegt oder nicht. Eine Abgabe der Beitragsmarken zum bisherigen Wert erfolgt daher weder von den Postanstalten noch von der Landesversicherungsanstalt.

Bei Erstattung und Umtausch von Beiträgen wird gemäß § 8 des Gesetzes lediglich der einfache Geldwert zu Grunde gelegt, während die Mehrbeträge als Steuer zur Deckung von Beihilfezahlungen an Rentenempfänger verfallen bleiben.

Danzig, den 13. Januar 1921. (337[illegible]

Der Vorstand

der Landesversicherungsanstalt Westpreußen.

Die **Amts- und Gemeindevorsteherstelle** in Emaus bei Danzig-Schidlitz ist vom 1. 3. 21 neu zu besetzen. Die Besoldung erfolgt nach Gruppe V der Besoldungsordnung des Magistrats für die städtischen Beamten.

Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche welche mit der äußerlichen Aufschrift „Bewerbungsgesuch“ zu versehen sind, bis zum 20. 1. 21 an die unterzeichnete Behörde einreichen.

Gemeindeamt Emaus. (3367

Soeben erschienen ist der

Vorwärts-Almanach 1921

Preis 4 Mark.

Buchhandlung **Volkswacht**, Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Rohrstühle werden sauber und schnell sowie preisw. eingeflochten. R. Rogowski, Stiftswinkel 5 [illegible]

Getragener hellgrauer Anzug [illegible] zu verk. [illegible] 3 840 a. d. Exped. d. Bl. [illegible]

Gut erhaltener **Kinderwagen** (Sportwagen) zu kaufen gesucht. Off. u. B 150 an die Exped. d. Blattes. [illegible]

Preiswert!

Ein Waggon Steingutwaren

Waschgarnituren geschmackvolle Formen, farbige und Gold-Dekore

55^00 66^50 85^00 87^50 105^00 118^00 125^00 128^00 136^00 155^00 162^00

Terrinen groß, rund, weiß, glatt und gereift	36.50, 28.50,	18^50
Salatieren gezackt, tief, Zwiebelmuster, blau	9.50, 6.85, 4.25,	2^85
Milchtöpfe blau, Zwiebelmuster	9.75	8^25
Milchtöpfe weiß, mit Aufschrift	11.50, 8.50, 6.75, 5.75,	2^00
Schokoladenkannen blau oder Goldstrich	18.75,	15^75
Salatieren viereckig, gereift, weiß	9.50, 8.25,	6^25
Butterdosen	Zwiebelmuster 8^50 weiß	6^85
Puddingformen gemustert, rund, weiß	10.75, 7.50,	3^75
Puddingformen gemustert, oval, weiß	7.75, 6.75, 4.50,	2^75
Teigschüsseln mit Henkel, weiß		18^75
Kuchenteller weiß, gemustert		6^75
Teller tief, Zwiebelmuster	3^75 weiß 3.50, 2.90, 2.75, flach	2^40

Küchengarnituren neue Formen, schöne elegante Dekore

125^00 165^00 205^00 220^00 240^00

Nathan Sternfeld

Haushaltabteilung

Langgasse 76 3375 Filiale Langfuhr.

(3375

Feuerfachmann gesucht.

Der Konzern Mannheimer, Rhein u. Mosel und Danziger Allgemeine sucht einen im Feuerfach gut durchgebildeten

Beamten zur Leitung seiner Feuer-Abteilung in Danzig.

Entwicklungsfähige Stellung bei entsprechender Bezahlung. (3374

Schriftliche Bewerbungen sind zu richten an

Danziger Allgemeine Vers.-Aktien-Gesellschaft

Danzig, Langermarkt Nr. 20.

Sämtliche Bände der **Arbeiter-Gesundheitsbibliothek** wieder vorrätig.

Buchhandlung „Volkswacht“, Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Danziger Nachrichten.

Preiserhöhung für Milch. Im städtischen Molkereiausschuß wurde gestern über eine Erhöhung des Milchpreises und die zukünftige Milchwirtschaft verhandelt. Der Vorsitzende Assessor Zaschmar teilte mit, daß die Kleinhändler angeben, mit einem Verdienst von 10 Pf. für den Liter Milch nicht mehr auszukommen und um eine Erhöhung bitten. Ferner haben sich die Ausgaben der Stadt für die Milchbeschaffung erheblich erhöht, so daß auch hier eine Preiserhöhung eintreten muß. Die Milch aus Pommern und Pommerellen, etwa 1000 Liter täglich, wird erheblich teurer, als die Freistaatmilch. Die Stadt setzt am Liter Milch etwa 1 Mark zu. Auf diese Weise hat die Stadt etwa 8 Millionen Mark im vorigen Jahre Verlust gehabt. Die Verlustwirtschaft kann unmöglich weiter geführt werden. Das Milchgeschäft muß sich selber erhalten. Die Frachtkosten sind außerordentlich gestiegen und ein weiteres Steigen steht in Aussicht. Die notwendige Folge wird sein, daß Danzig sich in bezug auf die Milchversorgung vom Auslande wird unabhängig machen müssen. Ferner wird die Milchviehzucht in der Nähe von Danzig gehoben werden müssen, um die Transportkosten zu vermindern. Etwa 1000 Stück Milchvieh in der Nähe der Stadt würden den notwendigsten Milchbedarf decken. Diese Milchviehwirtschaft bei Danzig muß mit Unterstützung der Stadt in Gang gesetzt werden. Vor allem wird man mit verbilligten Futtermitteln helfen müssen. Die städtische Milchwirtschaft muß also aus der Schuldenwirtschaft heraus und ferner die Mittel zur Einrichtung der Milchviehwirtschaft bringen. Deshalb werde beantragt, den Kleinverkaufspreis von 1,30 Mark auf 1,50 Mark den Liter Vollmilch zu erhöhen. Der auf die Kleinhändler entfallende Prozentsatz kann nicht erhöht werden. Er wird aber beibehalten und dadurch würde sich der Verdienst der Kleinhändler von 10 auf 14 Pfennig erhöhen. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß auch der Diebstahl auf dem Transport sehr verteuernd wirke. Von Verbraucherseite wurde auf den unbefriedigenden Zustand hingewiesen, daß stets ein Preisabbau in Aussicht gestellt wird, tatsächlich aber fortgesetzt eine Preiserhöhung eintritt. Man solle an die Quelle der Preissteigerung gehen, das sei die fortgesetzte Geldentwertung. Während wir vor dem Kriege 5 Milliarden Zahlungsmittel im Verkehr hatten, sind es jetzt 80 Milliarden. Erforderlich sei, die Löhne und Gehälter dieser Geldentwertung anzugleichen. Im übrigen wolle man gleichfalls eine Gesundung der städtischen Milchwirtschaft. Die Schuldenwirtschaft könne nicht aufrecht erhalten werden. Wenn man aber einer Erhöhung zustimmen solle, müsse man zuvor einen klaren Einblick erhalten und prüfen können, ob nicht manches praktischer eingerichtet werden könne. Dieser Anregung wurde Rechnung getragen und ein Unterausschuß eingesetzt.

Der Mehlverbrauch in der Stadt Danzig. In der letzten Zeit werden in Danzig bei der Mehlverteilungsstelle Brotkartenabschnitte über größere Mehlmengen eingereicht, als der Stadt Danzig nach der Zahl der ausgegebenen Brotkarten zum Verbrauch zusteht. Infolgedessen ist ein Mehrverbrauch von Mehl eingetreten. Dieser Mehrverbrauch kann zu den weittragendsten Folgen für die Stadt Danzig führen. Es hat sich deshalb als notwendig herausgestellt, den Bäckereien nur soviel Mehl zuzuweisen, als ihnen nach der Zahl der angemeldeten Kunden zusteht. Die Freizügigkeit der Brotkarte innerhalb der Stadt Danzig bleibt zwar bis auf weiteres bestehen, es kann also bei jedem Bäcker Brot entnommen werden, doch liegt es im Interesse des Publikums, daß es sich bei den Bäckern zum Brotkartenempfang anmeldet, von denen es das Brot beziehen will. Wer sich bei diesem Bäcker nicht anmeldet, kann nicht auf regelmäßige Belieferung am Schluß der Brotkartenperiode rechnen. Ueber die Belieferung der Fremden ergeht besondere Anordnung.

Behördliche Gehaltszahlung in Krankheitsfällen. Auf den Antrag des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Danzig, hat der Senat der Freien Stadt Danzig beschlossen, daß den bei den Behörden des Freistaates Danzig beschäftigten Lohnangestellten mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab in Krankheitsfällen die Vergütung unter Abzug des Krankengeldes bis zur Dauer von sechs Wochen weiter zu gewähren ist. Diese Fortzahlung kann von der Beibringung eines kreisärztlichen Attestes abhängig gemacht werden.

Ein Dampfer im Hafen losgerissen. Der englische Dampfer „Orlando" legte im Hafen in der Nähe des Weichselumschlagehafens an, um hier zu löschen. Am 10. Januar herrschte hier großer Sturm, der zwei Vertäuungspfähle am Kai losriß. Das Schiff hatte nun keinen Halt und trieb quer über die Weichsel. Die beiden Ankerketten wurden geworfen. Die Achterwand gerieten mit dem Flaggenstock und Steuerruder eines Leichters in Kollision. Einige Trossen zerbrachen. Nach einer Stunde hatte man den Ausreißer am Rückwandererlager wieder festgemacht. Der Kapitän legte Verklarung ab.

Abgabe von Lebensmitteln. In der heutigen Nummer unserer Zeitung wird wiederum bekanntgegeben, welche Lebensmittel im Laufe der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen.

Veränderungen der Brotkarte. Die Brotverkaufsstellen und das Publikum werden darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Druck der Brotkarte 162 eine Umstellung erfolgt ist. Es wäre darauf zu achten, daß die richtigen Marken abgeschnitten werden.

Ausgabe der Brot- und Mehlkarten. Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 16 ausgegeben.

Neuverpachtung städtischer Ländereien in der Niederung. Der Magistrat hat an die Stadtverordnetenversammlung den Antrag gestellt, der Verpachtung von Trutenauer Herrenland (rund 857 Morgen) an die bisherigen 19 Pächter zu einem jährlichen Pachtzins von zusammen 73 961 Mark und des ehemaligen Försterdienstlandes bei Grebinewald an die beiden bisherigen Pächter zu einem jährlichen Pachtzins von 7359 Mark ihre Zustimmung zu erteilen. Die bisherigen Pachtverträge laufen am 1. Februar d. Js. ab, die neuen Verträge sollen bis zum 1. April 1926 laufen. Der bisherigen Jahreszins für den preußischen Morgen bewegte sich zwischen 15 und 22 Mark und 10 Prozent Zuschlag für Abgaben. Er ist jetzt fast durchweg auf 80 Mark und 10 Prozent Zuschlag für Abgaben erhöht worden, für eine Parzelle sogar auf 100 Mark. Nur bei zwei Pächtern ist er auf 70 Mark pro Morgen und Jahr und 10 Prozent Zuschlag für Abgaben festgesetzt.

Die Mehreinnahme gegenüber der alten Pachtsumme beträgt bei dem Trutenauer Herrenland 57 099 Mark, bei dem Försterdienstland 5629 Mark, zusammen 62 668 Mark jährlich.

Opfer der Arbeit. Mittwoch abend ereignete sich auf der Danziger Werft ein schwerer Unglücksfall. Beim Umfallen eines sogen. Lokomotivkrans wurden zwei Arbeiter durch ausströmenden Dampf schwer verbrüht, so daß sie ins städtische Krankenhaus geschafft werden mußten, wo sie jedoch trotzdem ihren furchtbaren Qualen erlagen. Bei den Verunglückten handelt es sich um den unverheirateten 23 Jahre alten Bruno Schmaeck aus Danzig, Gr. Bäckergasse 11, und den verheirateten 47 Jahre alten Willy Woytukewitz aus Emaus, Dreilindenweg 10.

Die Einziehung der Reichsbanknote zu 50 Mark vom 30. November 1918. Die Reichsbank wiederholt ihre Bekanntmachung, worin die 50-Mark-Noten mit dem Datum vom 30. November 1918 aufgerufen werden. Die Besitzer werden aufgefordert, diese Noten bis zum 31. Januar 1921 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 31. Januar 1921 verliert die aufgerufene Note ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel, was zur Folge hat, daß nach diesem Tage niemand mehr verpflichtet ist, die 50-Mark-Noten vom 30. November 1918 anzunehmen. Es empfiehlt sich deshalb, schleunigst alle 50-Mark-Noten dieser Ausgabe bei einer Reichsbankanstalt, öffentlicher Kasse, Bank, Sparkasse oder Geldinstitut in Zahlung zu geben oder umzutauschen. Nach dem 31. Januar 1921 erfolgt die Einlösung nur noch bei der Reichsbankhauptkasse in Berlin, aber auch nur bis 31. Juli 1921. Mit letzterem Zeitpunkt erlischt für die Reichsbank die Einlösungspflicht überhaupt. Um jedem Irrtum vorzubeugen, wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Aufruf lediglich um die Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum des 30. Nov. 1918 handelt. Unberührt vom Aufruf bleiben sämtliche übrigen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine, also auch die anderen auf 50 Mark lautenden Darlehnskassenscheine und Reichsbanknoten. Alle diese Geldzeichen bleiben gesetzliche Zahlungsmittel, müssen also von jedermann auch ferner in Zahlung genommen werden.

Der Zoppoter Spielklub. Nach einer Zeitungsmeldung von heute früh, sollte die vorläufige Schließung des Zoppoter Spielbetriebes von den bisherigen Unternehmern zu Ende Januar beabsichtigt sein. Wie uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, ist diese Meldung unzutreffend und die Schließung des Zoppoter Spielbetriebes weder vom Magistrat in Zoppot, noch von der Leitung des Spielklubs in Erwägung gezogen.

Beschlagnahmtes Diebesgut. Bei dem seinerzeit festgenommenen Walter Hopp wurden beschlagnahmt: 1 Teppich, 6 Bettvorleger, braun und bunt gemustert, 10 silberne Teelöffel, teilweise mit der Gravierung Posadowski. Eigentümer können sich auf der Kriminalpolizei melden.

Polizeibericht vom 14. Januar 1921. Verhaftet: 14 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Zuhälterei, 1 laut Haftbefehls, 9 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 schwarze Aktenmappe mit Schriftstücken, abzuholen von Herrn Julius Klan, Broschkischer Weg 6/7.

Aus den Gerichtssälen.

Beim Zurückbringen des Diebesgutes abgefaßt. Der Hilfsbeamte R. in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls zu verantworten. Er arbeitete auf der Eisenbahndirektion und nahm abends eine Schreibmaschine mit, die er einem Kollegen abgeben wollte. Angeblich wurde ihm die Sache aber leid und er wollte die Maschine wieder zurückbringen. Dabei wurde er abgefaßt. Das Gericht verurteilte ihn wegen Diebstahls zu drei Monaten Gefängnis.

Wann ist der Diebstahl vollendet? Vor dem Obergericht wurde nochmals über die Zuckerdiebstahlssache Behrendt und Genossen verhandelt. Ein Güterzug mit Danziger Personal hielt in Ex.-Bolchypol an. Von dem Personal wurden 5 Sack Zucker aus dem Packwagen herausgetragen und in dem Güterschuppen untergebracht. Der Zucker befand sich im Gewahrsam der Eisenbahn und sollte ihr gestohlen werden. Die Strafkammer verurteilte die Angeklagten wegen Diebstahls. Von zwei Verurteilten wurde Berufung eingelegt und von den Verteidigern wurde geltend gemacht, daß hier nur ein Diebstahls**versuch** vorliege. Der Zucker wurde in dem Güterschuppen einem Beamten übergeben. Der Zucker sollte hier so lange liegen bleiben, bis der Güterzug am nächsten Tage wieder zurück kehrte. Dann sollte der Zucker verteilt werden. Der Beamte des Güterschuppens hatte aber von vornherein nicht die Absicht, den Zucker wieder herauszugeben, sondern brachte die Sache zur Anzeige. Somit sei der Diebstahl nicht zur Vollendung gekommen und es liege nur ein Versuch vor. Das Obergericht trat dieser Auffassung nicht bei, sondern verwarf die Revision. Nach der Urteilsbegründung des Strafsenats war der Diebstahl vollendet, als die Säcke aus dem Zuge herausgetragen waren. Das gestohlene Gut wurde nachher in dem Güterschuppen nur noch aufbewahrt. Was nachher geschah, machte die Tat nicht ungeschehen.

Beschlagnahmte Schieberware fortgenommen. Der Bauunternehmer Franz Langefeldt in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Fortnahme beschlagnahmter Ware zu verantworten. Ein städtischer Ermittelungsbeamter hatte im Mai die Dampfer am Fischmarkt zu beaufsichtigen. Auf einem von Tiegenhof kommenden Dampfer war ein Koffer, der durch seine Schwere verdächtig wurde. Die Adresse des Empfängers war angegeben und er wurde benachrichtigt, den Koffer in Empfang zu nehmen. Der Beamte mußte aber einige Stunden warten. In einem unbewachten Augenblick wurde der Koffer erbrochen und Butter wurde herausgenommen. Schließlich beschlagnahmte der Beamte den Koffer und brachte ihn nach der Polizeiwache. Der Angeklagte beobachtete den Beamten und den Polizeiwachtmeister und folgte ihnen zur Polizei. Im Hausflur vor der Tür wurde der Koffer auf eine Minute hingestellt. In dieser Zeit griff der Angeklagte zu und verschwand mit dem Koffer, den er auf einen hinteren Hausflur absetzte. Der Angeklagte ging dann wieder hinaus nach der Straße und traf um mit dem Beamten zusammen, der ihm auf den Kopf sagte, daß er den Koffer gestohlen habe. Der Angeklagte bestritt, aber der Koffer wurde bald entdeckt und nun gestand der Angeklagte ein, gab sich aber einen falschen Namen. Vor Gericht stellte der Angeklagte die Sache ganz harmlos dar. Er habe nicht gewußt, daß der Koffer beschlagnahmt war und er habe nur feststellen wollen, ob das etwa sein Koffer war. Zu dieser Feststellung habe er den Koffer im hinteren Flur verwahren wollen. Der Amtsanwalt hielt diese Erzählung für ein Märchen und beantragte 500 Mark Geldstrafe wegen Beiseiteschaffung eines beschlagnahmten Koffers. Das Gericht kam jedoch zur Freisprechung, da der Angeklagte vielleicht doch habe feststellen wollen, ob ihm der Koffer gehöre.

Erwerbslosenunterstützung durch Betrug. Ein Schuhmacher hatte sich durch wissentlich falsche Angaben über das Einkommen seiner Töchter in unrechtmäßigen Bezug von Erwerbslosenunterstützung gesetzt. Der Betrug wurde entdeckt und K. durch das hiesige Schöffengericht mit 100 Mark Geldstrafe bezw. 10 Tagen Gefängnis kostenpflichtig bestraft.

Tiegenhof. Für die noch dem Gesetz zur Regelung der Einkommensteuer für 1920 vom 14. Dezember 1920 **herabgesetzten** Einkommensteuer-Sätze ist eine Abgangsliste aufgestellt worden, die von den mit einem Einkommen bis zu 12 500 Mark veranlagten Steuerpflichtigen eingesehen werden kann. Die Abgangsliste liegt in der Zeit vom 13. bis einschl. 19. Januar in der Kämmereikasse öffentlich aus.

Parteinachrichten.

Die Portschritte der Sozialdemokratie. 188 529 Neuaufnahmen. Die soeben erschienene Nr. 1 der vom Parteivorstand herausgegebenen „S.-P.-D.-Nachrichten für die Funktionäre" enthält eine Aufstellung der Neuaufnahmen für die Partei im Geschäftsjahr April-September. Mit Ausschluß der Bezirke Chemnitz und Baden, die noch nicht berichtet haben, sind im Reiche insgesamt 188 529 Neuaufnahmen erzielt worden. Zwei Bezirke konnten über 10 000 Mitglieder gewinnen, neun, darunter Berlin, verzeichnen Neuaufnahmen zwischen 5000 und 8000, sechs Bezirke zählen über 4000, zwei über 3000, fünf über 2000, vier über 1000 und je einer über 600 und 900 neue Streiter.

Diese stattlichen Zahlen sollten jeden Genossen, jeder Genossin ein neuer Ansporn zu neuer Werbearbeit für Partei und Presse sein.

Die rote Werbewoche für den Niederrhein hatte ein außerordentlich günstiges Resultat. Es wurden mehr als 2000 neue Mitglieder der Partei und über 3000 neue Abonnenten der Parteipresse gewonnen. Das Resultat ist aus sechs ehemaligen Reichstagswahlkreisen. Die unabhängige Ortsgruppe Beyenburg an der Wupper ist geschlossen zur alten sozialdemokratischen Partei übergetreten.

Geht nicht nach Schweden. In Schweden befinden sich die Maschinisten und Heizer in einem großen Lohnkampf. Einige schwedischen Unternehmen haben, wie wir aus sicheren Quellen erfahren, Agenten in Deutschland, die **deutsche Arbeiter unter schwindelhaften Vorspiegelungen nach Schweden locken**, wo sie Streikbrecherarbeit verrichten sollen. Wir appellieren an die oft bewährte Solidarität der deutschen Arbeiter: **geht nicht nach Schweden!**

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht. Deutscher Transportarbeiterverband.

Volkswirtschaftliches.

Ueberangebot deutscher Arbeitskräfte in Brasilien. Einem uns zur Verfügung gestellten Schreiben des Verbandes deutsch-brasilianischer Firmen in Sao Paulo entnehmen wir:

Bei der großen Anzahl eingewanderter Deutscher bezw. Deutsch-Oesterreicher, die sich mit jedem ankommenden Dampfer ständig erhöht, ist es bereits sehr schwierig, ja fast unmöglich geworden, den Leuten eine so einträgliche Beschäftigung zu besorgen, wie sie Deutsche, die in ihren Ansprüchen weitgehender als Südeuropäer sind, haben müßten. Deutsche Arbeitgeber haben aus Mitgefühl vielfach schon mehr Leute eingestellt, als sie benötigten. In anderen Betrieben sind Deutschen die Umstände hinderlich, daß sie die Landessprache nicht kennen, und Handwerker sowie Arbeiter lateinischer Abstammung geringere Lohnansprüche stellen. Die deutschen Arbeitgeber, besonders der Eisen- und Metallbetriebe, haben die Erfahrung gemacht, daß eingewanderte deutsche Schlosser und Mechaniker namentlich zu sehr spezialisiert sind und zu wenig Allgemeinkenntnis in ihrem Handwerk haben, wie es in einem neuen Lande wie Brasilien erforderlich ist. Es liegen momentan Anfragen nach guten Modelltischlern vor; auch Gießer werden dann und wann gesucht, jedoch möchten wir auf keinen Fall Leute von drüben veranlassen herzukommen, wo sie wegen Unkenntnis der Landessprache in erster Zeit nur in deutschen Betrieben arbeiten könnten, die ziemlich überfüllt sind, die Leute also hier dieselbe Arbeitsnot vorfinden wie in Deutschland, dort aber den Vorteil haben, die Sprache und Verhältnisse zu kennen. Die Ueberfahrtskosten würden hier von den Arbeitgebern nicht getragen werden, weil das **Angebot von Arbeitskräften** an Ort und Stelle ein recht **großes** ist.

Bücherwarte.

„Mozart auf der Reise nach Prag." Novelle von Eduard Mörike. Ein eigenartiges Erlebnis, das Mozart 1787 hatte, als er in Begleitung seiner Frau nach Prag fuhr, wo der „Don Juan" zur Aufführung gebracht werden sollte, reizte Mörike zu der bekannten und allgemein beliebten Novelle: „Mozart auf der Reise nach Prag". Diese bringt jetzt der Verlag Vorwärts als Neuausgabe heraus. Für billiges Geld (3,50 Mk.) wird dem Käufer ein nettes Büchlein in künstlerischem, leinengepreßtem Zweifarbenumschlag geboten. Die Anschaffung von Mörikes zartsinnigem Werke, das in zierlichster Leichtigkeit Geschehnisse und Sprache meistert, ist wirklich zu empfehlen. Denn feingeistige Schilderungen voll auszukosten, das ist ein Reiz, den wir in heutiger, von so mancherlei Unruhen durchtobten Zeit wohl verstehen und auf uns wirken lassen können.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Auszahl. 6⅜—⅞)	7¼—7¾	(am Vortage	7)
Dollar:	67	(„ „	68—69)
Englische Pfund:	256	(„ „	262)

Wasserstandsnachrichten am 14. Januar 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Zawichost	+1,80	+1,58	Kurzebrack	+2,18	+2,14
Warschau	+,—	+1,70	Montauerspitze	+1,60	+1,66
Schönau O. P.	+6,68	+6,86	Piekel	+1,80	+1,78
Galgenberg O. P.	+4,62	+4,61	Dirschau	+2,08	+2,66
Neuhorsterbusch	+2,02	+2,02	Einlage	+2,34	+2,50
Thorn	+1,98	+1,64	Schiewenhorst	+2,56	+2,64
Fordon	+1,58	+1,58	Wolfsdorf	—0,17	—0,08
Culm	+1,58	+1,56	Auwachs	+,—	+1,10
Graudenz	+1,76	+1,74			

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Ewert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Hausierer und Kleinhändler
finden stets preiswerte
Textilwaren
Schürzen, Wäsche
Trikotagen
Strumpfwaren
usw. usw. usw. bei
Czarlinsky, Lange & Co.,
Jopengasse 68, 1. Tr.
engros (3196) Export

Drucksachen
für den behördlichen,
Geschäfts- und privaten Bedarf
fertigt prompt und preiswert
Buchdruckerei Volkswacht
Am Spendhaus 6.

Am 12. Januar d. Js., abends ¼10 Uhr verunglückten der Kranführer

Willi Woytakewitz

und der Heller

Bruno Schnaak.

Die Werft wird den beiden tüchtigen und pflichttreuen, in Ausübung ihres Berufes vom Tode ereilten Werftangehörigen ein ehrendes Andenken bewahren. (3357)

Danziger Werft.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Freitag, den 14. Januar 1921, nachm. 2½ Uhr
Kleiner Preise! Zum 22. Male Kleine Preise!

Prinz Essigsauer und Prinzessin Honigsüß.

Weihnachts-Märchenspiel in 5 Bildern von Otto v. Hedemann und Arthur Rundt.

Szenische Leitung: [illegible] Musikalische Leitung: [illegible]
Inspektion: Emil Werner

Tageseinlagen

Einlaß ist vom Kassenraum aus 2½ Std. vorher, spätestens 4 Uhr

Abends 6½ Uhr.

Dauerkarten F. 1.

Carmen

Große Oper in 4 Akten von G. Bizet.
Musikalische Leitung: Julius Prüfer. Szenische Leitung: Emil Preiser. Inspektion: Otto Friedrich.
Anfang gegen 6½ Uhr.

Sonnabend, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2: **Die Ratten.** Sonntag, abends 6½ Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit: **Carmen.** Montag, abends 7 Uhr: Zum 1. Male: Dauerkarten B 2: **Wenn wir ...** [illegible]

Außerdem täglich nachmittags bei kleinen Preisen: **Prinz Essigsauer und Prinzessin Honigsüß.** Die Nachmittagsvorstellungen beginnen täglich um 3 Uhr, nur am Freitag, den 14., und Sonntag, den 16., um 2½ Uhr.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater)

Tel. 4092 Tel. 4092
Besitzer u. Direktor Paul Rassmann
Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt

Heute Freitag, den 14. Januar

Anfang **7 Uhr** Anfang

Zum 1. Male

Grigri

Operette in 3 Akten v. Paul Lincke.

Sonnabend, den 15. Januar
Grigri.

Sonntag, den 16. Januar
Grigri.

Vorverkauf: Freitag v. 10—4 Uhr nur im Reisebüro Hansa, Langgasse 69, sonst Sonntags 9—2 Uhr an der Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

In den Foyer-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle"

Lichtbild-Theater Langenmarkt Nr. 2.

Intime Lichtspiele

Der **neue** Spielplan!

Ein glänzender Detektiv-Film

„Das Zeichen der Malayen"

Detektiv-Schlager in 5 Akten

und der herrliche **Roman**-Film

Themis

Kriminal-Schauspiel in 5 Akten nach dem Roman von

Ernst Eckstein.

(3377

Maß-Schneiderei

für feine Herren- und Damenmoden

G. Krutz (3230

Altstädtischer Graben 104

Täglich 7 Uhr.

SCALA

Fr. Sporthalle — Große Allee

Das grosse Theater-Varieté!

10 Sun-Hsiang-Jung

Chinesen-Truppe
Weitere Weltattraktionen!

Nachtfalter
Künstlerspiele u. Palais de danse
Kapelle Grabowski

Scala-Café
Täglich 5 Uhr
Konzert
Kapelle Wegener. (3251

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55.

Achtung! Sie werden staunen über den grossen Spielplan!

Der erste Bioscop-Monumental-Film!

„Der Richter von Zalamea"

Ein Schauspiel in 6 Akten.
Hauptdarsteller: **Albert Steinrück. Lil Dagover.**

Der Todescowboy

Sensationelles Wildwest-Cowboy-Drama in 5 großen Akten

Bob Sullivan . . . . Texas Fred

Preise der Plätze: Sperrsitz 4.— M., I. Pl. 3.— M., II. Pl. 2.50 M., III. Pl. 2.— M. (3372

Große Kaninchen-Ausstellung

Am 15. und 16. Januar findet im Lokale „Jugendliches Gesellschaftshaus" Schidlitz, Schwarzgasse 6 eine große Verbands-Kaninchen- und Produkten-Ausstellung statt.

Geöffnet von morgens 10 bis abends 9 Uhr.

Kaninchenzucht-Verein Danzig und Umgegend
Der Vorstand. (3383

Odeon- u. Eden-Theater

Ab Freitag 4 Uhr!
Zwei große Filmwerke!!

Don Pedros Masken!

(Das Chamäleon).
Großes Detektivdrama in 6 Akten.
Hauptrollen:
Max Landa.
Henni Weisse - Hilde Woerner - Reinh. Schünzel
und

Gefolterte Herzen, II. Teil

Glück und Glas (3385
5 Akte mit **Mia Pankau — Hugo Flink.**

Passage-Theater

Freitag 4 Uhr!!
Das mit großer Spannung erwartete Filmwerk

Das rote Plakat!

Aus den Archiven des Berl. Polizeipräsidiums.
6 große Akte.
Aufgenommen und hergestellt mit Unterstützung des Berliner Polizei-Präsidiums.
Aufsehen erregend! (3386

Nächtliche Verirrungen!

3 Akte mit **Carl Victor Plagge.**

Vom 14. bis 20. Januar 1921:

Das Riesen-Filmwerk

Cabiria

Der Kampf um die Weltherrschaft

7 Akte. Vorführungen 4, 6 und 8 Uhr

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Kein Policenverfall.
— Sterbekasse. —
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Räumungshalber billig **Möbel** zu verkaufen. Reparaturen an Polstersachen werden angenommen. **Raddant,** Am Spendhaus 5. (3351

Herrenanzüge, Ulster, Röcke usw. werden schnell u. billig angefertigt sowie Wenden, Modernisieren, Bügeln und Reparaturen. **H. Guddat,** Breitgasse 56, Eingang Zwirngasse. (3332

Pelzwaren

Inventur-Ausverkauf

Sealmäntel ○ Sportpelze ○ Füchse aller Art.

3330 **Jedes Stück ein Gelegenheitskauf!**

Spitzer, Danzig, Gerbergasse 11/12.

Rat und Auskunft

in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen und Mädchen jeden Mittwoch von 5—7 Uhr abends

Die Frauenkommission der S. P. D.
4. Damm 7 II, Zimmer 4.

Metropol-Lichtspiele

Dominikswall 12.

Der herrliche Tropen-Film!

„Das Traumboot!"

6 ungewöhnlich fesselnde Akte nach wahren Begebenheiten.

Inhalt: In tropischen Gefilden — Von der Riesenschlange gebissen — Liebe u. Eifersucht — Kampf auf Leben und Tod — Das Todesboot — Ausgestoßen — Im Kampf mit Eingeborenen, Löwen, Tigern usw. — Gehetzte Flucht durch die Wildnis — Gerettet — In der Heimat — Gesühnt. —

„Verlorene Seelen"

Kriminal-Sensation in 5 Akten.

Beide Werke haben beste Besetzung und bieten Bilder hervorragender Pracht und Schönheit!

4 — 6 — 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr.
(3379)

Markenfreies Weizenmehl!

Neben Fortführung der freistaatlichen Lohnmüllerei und unter Zustimmung des Wirtschaftsamtes und der Außenhandelsstelle der Freien Stadt Danzig haben wir

die Einfuhr von Auslandsweizen und die Friedenshandels-Müllerei zwecks Herstellung markenfreier Weizenmehle aufgenommen.

Wir werden zunächst eine Sorte Weizenmehl und zwar ein frisches, helles, bestes sogenanntes Semmelmehl in Friedensqualität an den Markt bringen. Der Verkauf erfolgt gleich wie in der Zeit vor dem Kriege wieder brutto für netto einschließlich Sack in 100 kg Packung.

Mehlkleinhandlungen und Kolonialwarengeschäfte erhalten Gelegenheit, ein gutes, frisches Haushaltsmehl zu führen.

Die Ausgabe des Mehles an Bäckereibetriebe, Mehlkleinhandlungen und Kolonialwarengeschäfte beginnt am Freitag, den 14. d. Mts.

Die Abgabe von Weizenkleie und Futtermehl an die Viehhalter wird am Sonnabend dieser Woche aufgenommen werden. Alle Verkäufe erfolgen bei von Marken- und Bezugsscheinzwang unmittelbar an die Käufer.

Aufträge nehmen unser Kontor an der Großen Mühle, Fernsprecher 495 und 496 und unsere Stadtvertreter entgegen.

Unsere Mehlkleinhandlung an der Großen Mühle Nr. 7 beginnt mit dem **Verkauf unserer eigenen Fabrikate** am Freitag, den 14. d. Mts.

A. Bartels & Co. G. m. b. H.

Grosse Mühle. (3384

Der Neue Weltkalender

für 1921

Preis 2,25 Mark

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

Ein Paar Damenknopfstiefel, Größe 41, zu verk. Otto, Neufahrwasser, Albrechtstraße 10, Hof, 1 Tr. (†

Nähmaschinen verkauft Kunzl, Langgart. 42. (3318

Maskengarderoben verleiht billig (3170 Schidowski, Rittergasse 1.

Wer bar Geld braucht wend. sich sof. an Rud. Liedtke, Danzig, Paradiesgasse 8-9. (2663

Empfehle mich zum **Kochen** für gr. u. kl. Festlichkeiten, auch kann Geschirr preisw. verleih. werden. **Fr. Heike,** Kalkowgasse 20, 3 Tr. Hth. (†